

April 2021

Teufelskreis Klimawandel, Militär und Krieg



KLIMA & KRIEG

Militär, Klima und Krieg

„Misslingt die Begrenzung der CO2-Emissionen, steht eine weitere Katastrophe, von der allerdings weitaus weniger die Rede ist, ebenso fest: Auf lange Sicht würde das Versagen nicht nur Klimaschocks bewirken, sondern auch weltweit Instabilität, Aufruhr und Kriege.“

Michael Klare: All Hell Breaking Loose, New York 2019.

„Eine umgehende Überprüfung nationaler wie internationaler Sicherheitsstrategien ist erforderlich, um das Potenzial für Truppenreduzierungen auszuloten – und um damit auch CO2-Emissionen zu reduzieren [...]. Dazu sollte gehören [...] eine Neubewertung der Politik aus einer perspektive menschlicher, statt nationaler Sicherheit, die Ressourcen neu auf die Bekämpfung der Ursachen für Unsicherheit ausrichtet, einschließlich Armut, Ungleichheit, Gesundheit und Umweltverschmutzung.“

Stuart Parkinson / Linsey Cottrell: Under the Radar: Europe's military sectors dodge scrutiny under European Green Deal, CEOBS/SGR/The Left, Februar 2021.

Der Klimawandel als eine zentrale, die Zukunft der Menschheit bedrohende Gefahr, berührt eine ganze Reihe von Aspekten. Zu wenig Beachtung wird dabei zumeist der problematischen Rolle des Militärs geschenkt – sowohl in seiner Rolle als wichtiger CO2-Emittent als auch in seiner Funktion, als gewaltsame „Rückversicherung“ der reichen Staaten, die absehbaren Folgen des Klimawandels militärisch zu „bewältigen“, sollten dadurch ihre Interessen bedroht werden. Zu allem Überfluss verschlingt der militärische Bereich auch noch Unsummen, die einen wichtigen Beitrag zur Prävention und zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels beitragen könnten. Eine drastische Reduzierung oder gar Abschaffung des Militärs würde demzufolge auch dem Klima in gleich mehrfacher Hinsicht gut tun!

www.imi-online.de

www.naturfreunde.de

Herausgegeben in Kooperation mit:



Eskalationstreiber Klimawandel

Klima - Armut - Krieg

Der Klimawandel hat erhebliche Auswirkungen auf die Frage von Krieg und Frieden: Selten dürfte er die alleinige Ursache bewaffneter Auseinandersetzungen darstellen, hier spielen v.a. Machtpolitik, Rüstungsexporte und nicht zuletzt Armut die zentralen Rollen. Dies kann aber den gefährlichen Nährboden liefern, auf dem sich der Klimawandel im schlimmsten Fall als Brandbeschleuniger erweisen kann.

Schon 2007 hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen eine fast 300seitige Studie namens „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ veröffentlicht. In ihr wird Armut gleich im doppelten Sinne als zentrales Problem identifiziert: Als wesentlicher Faktor, der zur gewaltsamen Eskalation von Konflikten beiträgt. Und als Faktor, der Gesellschaften massiv beeinträchtigt, mit den Folgen des Klimawandels umgehen zu können. Die Lösung liegt für die WBGU-Forscher auf der Hand: Eine Umschichtung weg von Rüstung hin zur Armutsbekämpfung!

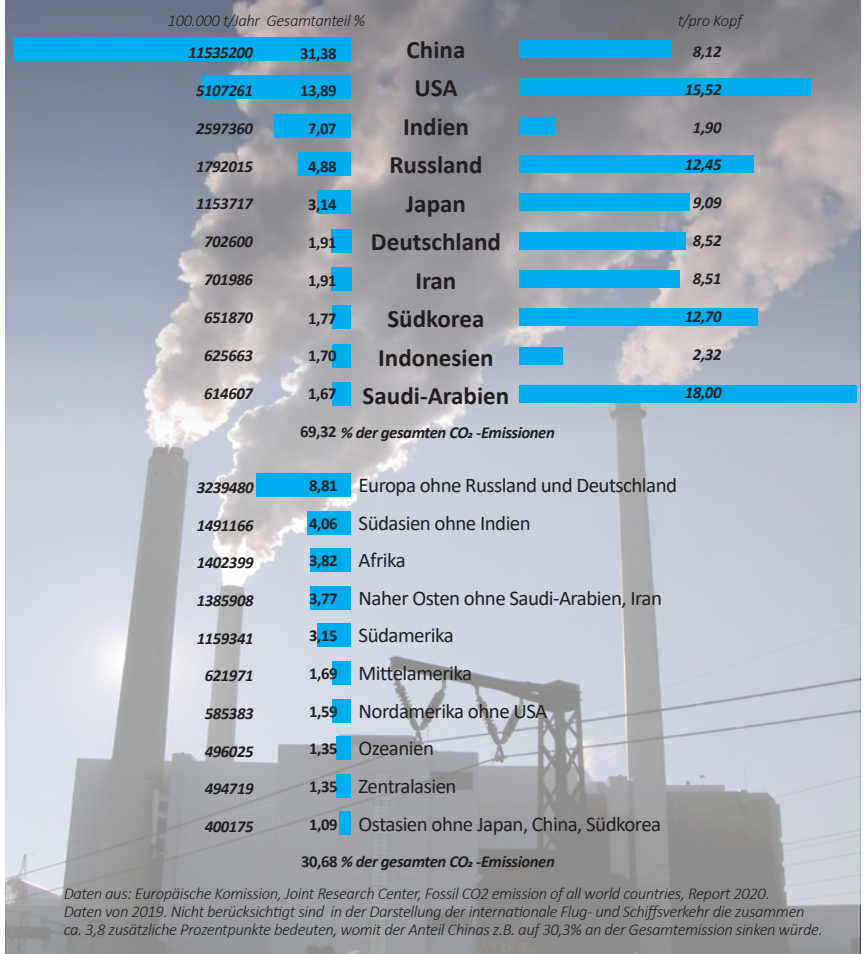
„Der Klimawandel wird in vielen Ländern und Regionen, die bereits heute durch hohes Bevölkerungswachstum, große Bevölkerungsdichte und Armut charakterisiert sind, zusätzlich die Ressourcenknappheit verschärfen und somit die Konfliktgefahr erhöhen. [...] Die Militärhaushalte sollten deutlich zugunsten präventiver Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit umgeschichtet werden. [...] Dagegen erwartet der WBGU im Fall des Scheiterns der Klimaschutzbemühungen etwa ab 2025–2040 klimainduzierte Sicherheitsrisiken in den Weltregionen.“

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung.
Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel:
Sicherheitsrisiko Klimawandel, Berlin 2007

Militär: Größter staatlicher Klimasünder

Das US-Militär hat zwischen 77 und 80 Prozent des gesamten Energieverbrauches zu verantworten, der aus Regierungstätigkeit der US-Zentralregierung entsteht. Für andere NATO-Länder mit ähnlich föderalen Strukturen ist dieser Anteil vergleichbar erschreckend hoch. Für Kanada wurde ein entsprechender Anteil von 60% ermittelt. Auch in Deutschland ist die größte Institution auf Bundesebene gemessen an Personalstärke (militärisch und zivil) die Bundeswehr, die auch gemäß Bundeshaushalt etwa 50% der „Dienstleistungen“ von Bundesbehörden erbringt. Damit kann man davon ausgehen, dass auch weit über 50% der CO₂-Emissionen durch Bundesinstitutionen von der Bundeswehr und deren Verwaltungsorganen verursacht werden.

Die CO₂-Sünder der Welt



Unter den TOP 20! CO₂-Ausstoß des US-Militärs

376,6 Mio t Jahr Gesamt
Ø 2000-2017

davon: **Pentagon**
US-MILITÄR

davon: **Rüstungsindustrie**

Zum Vergleich: Gesamtausstoß des
Vereinigten Königreichs 2019: 364 Mio t
(Platz 17 der weltweiten CO₂-Emittenten)

Quelle: Neta C. Crawford, Pentagon Fuel Use, Climate Change, and the Costs of War, Brown University, 13.9.2019.

Ein US-Alleinstellungsmerkmal besteht in den ca. 15% der dortigen Industrieproduktion für das Militär und der dementsprechenden wohl auf diesem Niveau liegenden CO₂-Emissionen. Das Pentagon selbst blies zwischen 2000 und 2017 im Schnitt 70 Mio. Tonnen CO₂ (MtCO₂e) in die Luft. Dabei ging der Verbrauch in den letzten Jahren zwar auf 59 Mio. Tonnen im Jahr 2017 zurück, was aber immer noch über dem Gesamtniveau von Industriestaaten wie etwa Schweden liegt. Doch das ist ohnehin nur die Spitze des Eisbergs: Es ist vor allem die Rüstungsindustrie, die mit durchschnittlich grob geschätzt noch einmal über 300 Mio. Tonnen den Löwenanteil ausmacht. Zusammengerechnet reihen sich damit US-Militär und US-Rüstungsindustrie unter den Top 20 der weltgrößten staatlichen CO₂-Emittenten ein.

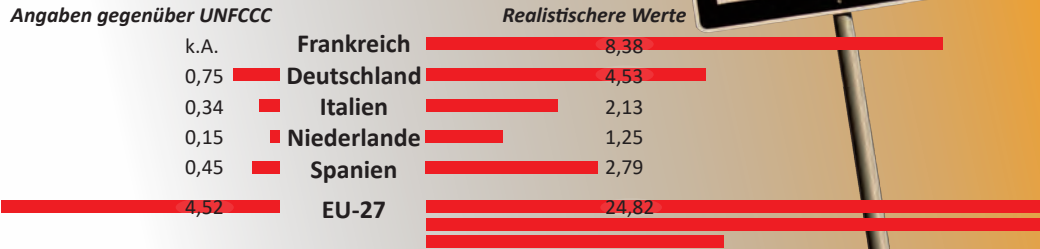
Klaffende Diskrepanz

CO₂-Emissionen und das europäische Militär



„Emissionen aus internationalen Einsätzen der Bundeswehr unter NATO- oder UN-Mandat werden in den deutschen Emissionsinventaren nicht erfasst, sondern als Memo-Items als ‚not estimated‘ (NE) vermerkt.“

Nationaler Inventarbericht zum Deutschen Treibhausgasinventar 2019



Angaben in Mio t CO₂. Links UNFCCC-Daten von 2018, rechts Berechnungen einschließlich Einsätzen und Industrie für 2019. Quelle: Stuart Parkinson/Linsey Cottrell: Under the Radar: Europe's military sectors dodge scrutiny under European Green Deal, CEOS/SGR/The Left, February 2021. Grafik: IMI 2021

CO₂-Emissionen und das Militär: Deutschland und Europa

Gemäß der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) erstellen alle Länder jährlich eine detaillierte Aufstellung ihrer CO₂-Emissionen. Diese sollen jeweils mit Hinweisen für angestrebte Reduktionsziele auf nationaler Ebene versehen werden. Im Falle Deutschlands sind zwar Angaben zu den im Inland entstehenden Emissionen des Militärs vorhanden, sie liegen offiziell unter 1 Mio. t CO₂. Aus-

geklammert sind aber Emissionen aus der Rüstungsproduktion und den Auslandseinsätzen, die mittlerweile als das politisch so definierte „Kerngeschäft“ der Bundeswehr anzusehen sind. Sie dürften deshalb deutlich über dem offiziellen Wert liegen. Auf diese Weise werden die CO₂-Emissionen der Bundeswehr klein gerechnet. Nicht verwunderlich ist deshalb auch, dass in dem Ende 2019

von der Bundesregierung beschlossenen Klimaschutzprogramm 2030 die Bundeswehr überhaupt nicht auftaucht. Leider müssen verlässlichere Schätzungen aufgrund der fehlenden Datenlage vieles unberücksichtigt lassen. Die bislang wohl beste Annäherung findet sich in der Studie „Under the Radar“ von Stuart Parkinson und Linsay Cottrell.

Berichtspflichten: Leerstelle Militär

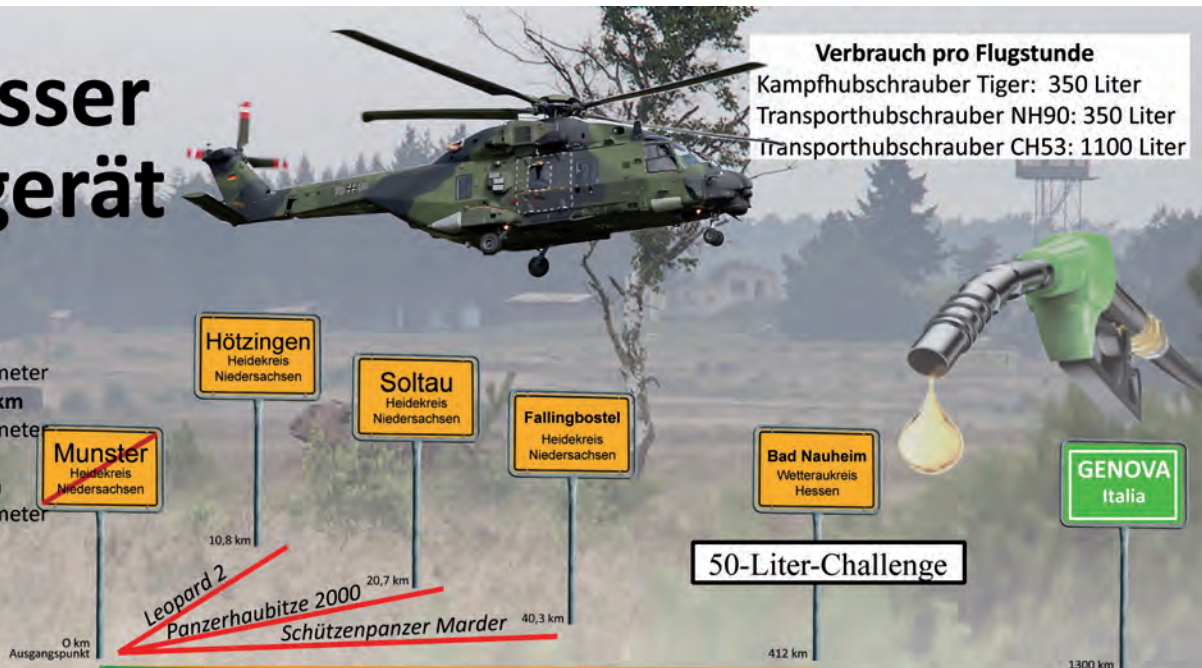
„Das wichtigste wäre erst einmal, dass das Militär mehr Daten über den Treibstoffverbrauch und die CO₂-Emissionen veröffentlichten muss. Jede militärische Operation verursacht CO₂-Emissionen. In der Debatte um Militäreinsätze und Kriege müssen dann diese ökologischen Kosten eine große Rolle spielen.“
Oliver Belcher, Durham University, NDR, 5.8.2020

„Es ist kein Zufall, dass die militärischen Emissionen der USA in Studien zum Klimawandel eher ‚übersehen‘ werden, da es relativ schwierig ist, konsistente Daten vom Pentagon und von den US-Regierungsbehörden zu erhalten, so die Forscher. Tatsächlich bestanden die Vereinigten Staaten sogar auf einer Ausnahmeregelung für die Meldung militärischer Emissionen im Kyoto-Protokoll von 1997. Dieses Schlupfloch wurde zwar durch das Pariser Abkommen geschlossen, aber mit der Trump-Administration, die sich 2020 aus dem Abkommen zurückziehen wird, wird sich auch diese Lücke wieder auftun.“
Telepolis, 26. Juni 2019

Spritfresser Militärgerät

- Leopard IIa5 / IIa6 – 414l/100km
- Reichweite bei 50 Liter: 12 Kilometer
- Panzerhaubitze 2000 – 238l/100km
- Reichweite bei 50 Liter: 21 Kilometer
- Schützenpanzer Marder –
- Straße/Gelände 130-400l/100km
- Reichweite bei 50 Liter: 38 Kilometer

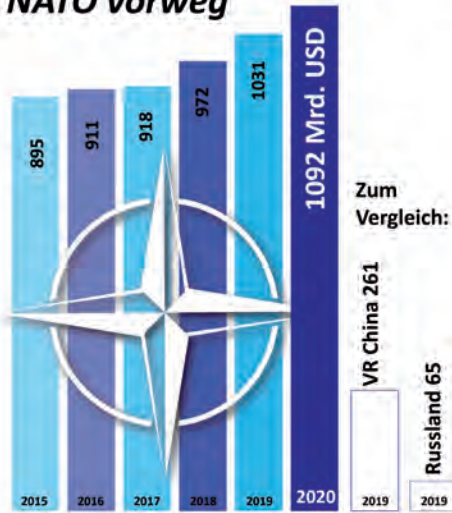
- Zum Vergleich:
- Audi Q8 (SUV) 12,1l/100km
 - Reichweite bei 50 Liter: 413 Kilometer
 - Toyota Yaris 1,5 Hybrid CVT 3,8l/100km
 - Reichweite bei 50 Liter: 1315 Kilometer



Quelle Verbrauch: ADAC 2020/BMVG 2016. Bildelemente CC von Tim Rademacher (NH90) und Hajothu (Schießbahn Munster) beide Wikipedia. Grafik: IMI 2020

MILITÄR: Die falsche Ausgabe

Ressourcenfresser Militär NATO vorweg



Quelle: NATO (Angaben in Mrd. USD, 2020 ist eine NATO-Hochrechnung); Zahlen aus Vergleich von SIPRI

„Noch vor einigen Jahren nahm das Umweltbundesamt an, dass die Vermeidung von CO₂ Deutschland vier Milliarden Euro pro Jahr kosten werde. Ex-Weltbank-Ökonom Nicholas Stern glaubt gar, dass eine Begrenzung des Temperaturanstiegs nur möglich sei, wenn die Staaten jährlich zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Klimaschutz ausgeben.“
Wirtschaftswoche 15. April 2013

Literatur

- Andres, Jacqueline: Krieg und Klima, IMI-Analyse 2020/34
- Peil, Karl-Heinz: Klimawandel und militärische Planungen, IMI-Analyse 2020/04
- Peil, Karl-Heinz: Das Militär: Tödlich auch für Umwelt und Klima, Die Linke im Bundestag, Februar 2020
- Werner, Marc: Das US-Militär: Auf Kriegsfuß mit dem Klima, IMI-Studie 2019/7



Herausgeber des Factsheets Klima und Krieg sind die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen und die NaturFreunde Deutschlands e.V., Warschauer Str. 58a/59a, 10243 Berlin.

Nur eine Richtung: **Aufwärts!** Ausgaben für die Bundeswehr



Angaben in Mrd. €, 2021 inkl. Corona-Beihilfen. Quelle: BMVg, IMI-Grafik 2021, PZH von Quistnix, CC, Wikimedia

Klimawandel: Kosten

Deutschland verursachte vor der Corona-Pandemie jährlich etwas unter 900 Mio. t CO₂. Umgerechnet ergeben diese Emissionen einen Wert von ca. 11 t CO₂ pro Einwohner. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes verursacht jede Tonne CO₂ Umweltschäden von 180 €, pro Kopf entstehen damit jährlich etwa 2000 € Kosten durch CO₂-Emissionen. Zum Vergleich: Die Rüstungsausgaben von 53 Mrd. € nach NATO-Kriterien im Jahr 2021 verursachen pro Kopf ca. 640 € Kosten. Demgegenüber verbleiben die Budgets des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU, 2021: 2,6 Mrd. €) oder des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ, 2021: 12,4 Mrd. €).

Nach Meinung des Ex-Weltbank-Ökonoms Nicolas Stern ist eine Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs nur möglich, wenn die Staaten jährlich zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Klimaschutz ausgeben. Zum Vergleich: Führende deutsche Politiker bekennen sich zum NATO-Aufrüstungsziel auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung.

Bundeshaushalt: Prioritäten gesetzt

BMVg



BMZ



BMU



BMVg: Bundesministerium der Verteidigung
 BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
 BMU: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
 Quelle: BMVg nach NATO-Kriterien, BMZ und BMU nach Haushaltsgesetz 2021